

Nr. 23c3

4. Mai 2017 (um/Koh)

Breite Unterstützung für die rauchfreie Gastronomie in Nordrhein-Westfalen

Vor vier Jahren, am 1. Mai 2013, trat in Nordrhein-Westfalen ein vollständiges Rauchverbot ohne jegliche Ausnahmeregelungen für öffentliche Räume und die Gastronomie in Kraft – ein Erfolg auf der ganzen Linie. Im Mai 2017 stehen mehr als zwei Drittel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hinter dieser strengen, aber klaren Regelung; sogar über 80 Prozent der jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren und selbst fast die Hälfte der Raucher unterstützen sie. Dies zeigt eine aktuelle Repräsentativbefragung der Gesellschaft für Konsumforschung, die von der Dieter Menekes-Umweltstiftung in Auftrag gegeben und vom Deutschen Krebsforschungszentrum ausgewertet wurde.

Im Vorfeld der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gibt die Umfrage ein klares Signal an die Politik, die bestehende strikte Regelung beizubehalten, denn der konsequente Nichtraucherschutz findet über alle Parteien hinweg eine mehrheitliche Unterstützung. Besonders viele Befürworter des Nichtraucherschutzgesetzes finden sich unter den Wählern der Grünen (81 Prozent), der CDU (76 Prozent) und der FDP (71 Prozent), nur geringfügig geringer ist die Zustimmung unter Wählern der Linken (64 Prozent) und der SPD (62 Prozent).

Die Umfrage zeigt aber auch, dass es beim Vollzug des Gesetzes nach vier Jahren immer noch Defizite gibt. Zwar wurden von Besuchern nur in fünf Prozent der Restaurants Verstöße beobachtet, aber immerhin in 13 Prozent der Kneipen und Bars, und in Diskotheken und Spielhallen hat sogar jeder fünfte Besucher gesehen, dass dort geraucht wurde. Ute Mons, Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention und des WHO-Kollaborationszentrums für Tabakkontrolle am Deutschen Krebsforschungszentrum sieht daher Handlungsbedarf: „Gegenüber der Zeit vor 2013 hat sich die Situation zwar entscheidend verbessert, die beobachteten Verstöße machen aber deutlich, dass die Kontrolle des Gesetzes insbesondere in Diskotheken und Spielhallen noch verbessert werden sollte“, so Mons. „Denn nur dann gelingt es, Nichtraucher wirklich effektiv vor den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens zu schützen und Raucher zum Nichtrauchen zu motivieren.“

Das strikte Rauchverbot hat den Gesundheitsschutz der Bevölkerung verbessert, und zwar ganz ohne die dramatischen Folgen für die Gastronomie, die Branchenverbände und Interessengruppen vor dessen Einführung prognostiziert hatten. Das Kneipensterben in Nordrhein-Westfalen hat sich der amtlichen Statistik Nordrhein-Westfalens zufolge seit Inkrafttreten des Rauchverbots allen Unkenrufen zum Trotz nicht verstärkt, sondern im Gegenteil sogar verlangsamt.

Die Publikation „Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen: Akzeptanz in der Bevölkerung und Auswirkungen auf die Gastronomie“ ist als pdf abrufbar unter www.dkfz.de/de/presse/download/AdWfdP_2017_Nichtraucherschutz-in-NRW.pdf.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) ist mit mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die größte biomedizinische Forschungseinrichtung in Deutschland. Über 1000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erforschen im DKFZ, wie Krebs entsteht, erfassen Krebsrisikofaktoren und suchen nach neuen Strategien, die verhindern, dass Menschen an Krebs erkranken. Sie entwickeln neue Methoden, mit denen Tumoren präziser diagnostiziert und Krebspatienten erfolgreicher behandelt werden können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krebsinformationsdienstes (KID) klären Betroffene, Angehörige und interessierte Bürger über die Volkskrankheit Krebs auf. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Heidelberg hat das DKFZ das Nationale

Centrum für Tumorerkrankungen (NCT) Heidelberg eingerichtet, in dem vielversprechende Ansätze aus der Krebsforschung in die Klinik übertragen werden. Im Deutschen Konsortium für Translationale Krebsforschung (DKTK), einem der sechs Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, unterhält das DKFZ Translationszentren an sieben universitären Partnerstandorten. Die Verbindung von exzellenter Hochschulmedizin mit der hochkarätigen Forschung eines Helmholtz-Zentrums ist ein wichtiger Beitrag, um die Chancen von Krebspatienten zu verbessern. Das DKFZ wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren.

Ansprechpartner für die Presse:

Dr. Sibylle Kohlstädt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2843
F: +49 6221 42 2968
E-Mail: S.Kohlstaedt@dkfz.de

E-Mail: presse@dkfz.de

www.dkfz.de